

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung August 2018

TOP 1

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Juni die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 2 (a+b)

(a) Sachsen-Anhalts Minister für Inneres und Sport, Holger Stahlknecht, wird in der August-Sitzungsperiode eine Regierungserklärung zum Thema „Sachsen-Anhalt: unsere Heimat, starker Staat, gelebter Zusammenhalt“ abgeben.

(b) Im Anschluss an die Regierungserklärung des Ministers für Inneres und Sport haben die Vertreter/innen der Fraktionen die Möglichkeit, zu der vorangegangenen Rede Stellung zu beziehen und eigene Aspekte in die Debatte einzubringen.

TOP 3

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung jährlich aktuelle Daten über die Entwicklung am Ausbildungsmarkt vorlegt. Dabei geht es unter anderem um solche Fragen: Wie viele Jugendliche beginnen eine Ausbildung, in welchem Bereich? Welche Förderangebote werden genutzt? Wie viele Ausbildungsverhältnisse wurden aufgelöst und wie viele erfolgreich beendet? Der Jahresmonitor soll Berufsbildungsakteuren helfen und ihre Aktionen besser steuern, so die Grünen.

TOP 4

Die AfD-Fraktion setzt sich mit einem Antrag dafür ein, Abschiebungen konsequent durchzuführen und Syrien, Georgien und die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer festzulegen. Zudem solle sich der Landtag zu den Worten von Ministerpräsident Reiner Haseloff bekennen, der in einem Zeitungsinterview angeregt habe, Menschen auch nach Syrien zurückzuführen, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben seien.

TOP 5

Einer Studie zufolge können etwa 14 Prozent der Bevölkerung in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben. In Sachsen-Anhalt sind das rund 200 000 Menschen. Für die gesellschaftliche Teilhabe sei dies jedoch Voraussetzung, so die Fraktion DIE LINKE. Sie setzt sich per Antrag für ein Landesprogramm zur Alphabetisierung und Grundbildung ein. Es soll von der Landesregierung entwickelt und finanziell ausgestattet werden.

TOP 6 (a+b)

(a) Die AfD-Fraktion will sich mit einem Antrag für die Einführung eines einjährigen Allgemeinen Sozialen Dienstjahres (ASD) für Männer und Frauen zwischen 18 und 29 Jahren einsetzen. Durch die Aussetzung von Wehrpflicht und Ersatzdienst werde die Personaldecke bei Bundeswehr, THW, Feuerwehren und sozialen Diensten immer enger. Der ASD könne helfen, die Lücken zu schließen.

(b) Gegen die Wiedereinführung von militärischen und/oder zivilen Pflichtdiensten richtet sich dagegen ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. Stattdessen müssten für gesellschaftlich

notwendige Arbeit bessere Arbeits- und Vergütungsbedingungen geschaffen und durchgesetzt und Angebote zu freiwilliger Arbeit attraktiver gestaltet werden, fordert DIE LINKE.

TOP 7

Noch immer gibt es zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen Bundesländern ein deutliches Einkommensgefälle. Dies sei auch verbunden mit überdurchschnittlich langen Arbeitszeiten, die aus Sicht der SPD-Fraktion nicht mehr durch Produktivitätsunterschiede zu rechtfertigen seien. In der Konkurrenz um Fachkräfte sei diese sogar kontraproduktiv und belaste den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Wie dem entgegengewirkt werden kann, darüber möchte die SPD-Fraktion in einer Aktuellen Debatte diskutieren.

TOP 8 (a+b)

(a) Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa haben in diesem Jahr mit einem heißen Sommer zu kämpfen gehabt, der negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft hat. Die CDU-Fraktion hat deshalb eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sich mit den Ernteaufschlägen und einem geeigneten Hilfsprogramm für Landwirte auseinandergesetzt werden soll.

(b) Passend zur Aktuellen Debatte der CDU bringt die Fraktion DIE LINKE einen Antrag in den Landtag ein, auf dessen Grundlage die Landesregierung aufgefordert werden soll, zur Sicherung der Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe durch Ernteaufschläge und Einnahmeverluste kurzfristig verschiedene Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen.

TOP 9

Die Fraktion DIE LINKE will mit einer Aktuellen Debatte auf die schwierige Lage der Enercon-Beschäftigten hinweisen und diese im Arbeitskampf unterstützen. Medienberichten zufolge plane der Windanlagenbauer bundesweit rund 800 Stellen zu streichen, allein in Magdeburg (bei einer Tochterfirma) sollen 132 Beschäftigte entlassen werden. Bisher weigere sich der Konzern, Verhandlungen mit der Gewerkschaft IG-Metall zu führen.

TOP 10

Im Dezember 2017 wandte sich die AfD-Fraktion mit einer Großen Anfrage an die Landesregierung, mit der sie die Fördermittelvergabe an den Verein „Miteinander e. V.“ und angeschlossene Projekte im Rahmen der Demokratieförderung des Landes Sachsen-Anhalt auswerten lassen wollte. Die Antworten der Landesregierung auf die 236 Fragen liegen nun vor und sollen im Plenum besprochen werden.

TOP 11 (a+b)

(a) Öffentliche Bibliotheken sind Orte lebenslangen Lernens, der kulturellen Betätigung, der Kommunikation und informeller Bildungsangebote. Die Fraktion DIE LINKE befragte die Landesregierung in einer Großen Anfrage im Februar 2018 unter anderem zum Zustand der Bibliotheken im Land und Förderungen. Die Antworten liegen nun vor und können im Plenum besprochen werden.

(b) In die Erste Beratung gelangt der Gesetzentwurf zur Änderung des Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt der Fraktion DIE LINKE. Er soll dazu führen, die Bibliotheken noch verstärkter als Orte der Bildung und Integration herauszustellen. Auch soll deren sachliche und personelle Ausstattung auf eine gesicherte Basis gestellt werden.

TOP 12 (a-c)

(a) Die Fraktion DIE LINKE wandte sich im April 2018 mit einer Großen Anfrage zur „Situation der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt“ an die Landesregierung. Die Antworten liegen nun vor und sollen im Plenum besprochen werden. Unter anderem geht es um die Zahl

und die Ausstattung der Feuerwehren im Land, um die Höhe des Dienstalters der Kameradinnen und Kameraden und um die personelle Besetzung der Wehren. Auch wird gefragt, die das Land seiner Aufgabe gerecht wird, Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden bei den ihnen nach dem Gesetz obliegenden Aufgaben hinsichtlich der Feuerwehren zu beraten und zu unterstützen.

(b) Für das Vorhaben, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt dauerhaft zu sichern, bringt die Fraktion DIE LINKE einen Antrag ein, durch den sich der Landtag unter anderem dafür aussprechen soll, die Zuweisungen des Landes zur Förderung des kommunalen Brandschutzes (Personal und Technik) ab dem Haushaltsjahr 2019 zu erhöhen. Die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren müsse langfristig gesichert werden, indem die Attraktivität des Ehrenamts erhöht werde.

(c) „Feuerwehren ehren und mit messbaren Taten unterstützen“ – unter diesem Titel bringt die AfD-Fraktion einen Antrag ein. Er enthält verschiedene Vorschläge für Maßnahmen, um die Situation der Freiwilligen Feuerwehren im Land zu verbessern. Dazu gehören beispielsweise: Anrechnung von Dienstjahren für die Rente, finanzielle Unterstützung bei der Umstellung auf Digitalfunk, Erhöhung des Kursangebots in Heyrothsberge, Rückzahlung der Feuerwehrschutzsteuer an die Kommunen.

TOP 13

Im Juni 2018 brachte die AfD-Fraktion den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Wassergesetzes ein. Demnach soll die Gemeinde künftig nur noch für den Ausbau von Verkehrs-Nebenanlagen Gebühren erheben dürfen. Die Finanzierung des Straßenkörpers auch bei Anliegerstraßen oder sonstigen Straßen in der Baulast der Gemeinde soll künftig gebührenfrei sein, heißt es in der Begründung. In der Ersten Beratung war das Gesetz nicht in die Ausschüsse überwiesen worden.

TOP 14

Der vorliegende Gesetzentwurf soll nach dem Inkrafttreten der EU-Richtlinie 2016/680 vom 27. April 2016 die dort enthaltenen Vorgaben zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten umsetzen.

TOP 15

Die Landesregierung bringt den Entwurf eines Gesetzes zur Polizeistrukturereform in den Landtag ein. Ziel dieser Reform ist es, „zukunftsfähige polizeiliche Organisationsstrukturen zu schaffen, die es der Polizei ermöglichen, ihre Aufgaben sowohl effektiv als auch effizient zu erfüllen. Dazu werden Polizeibehörden geschaffen, die sicherstellen, dass die Polizei überall im Land Sachsen-Anhalt zeitnah, lageangepasst und bürgernah ihre Aufgaben erfüllen kann.“

TOP 16

Am 29. Juli 2017 trat das Bundesgesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht in Kraft. Mit dem in § 47 Asylgesetz neueingefügten Absatz 1b ermöglicht es den Ländern, für Asylsuchende eine längere Wohnverpflichtung als die in Absatz 1 der Vorschrift bisher vorgesehenen sechs Monate zu regeln. Zur Umsetzung der bundesrechtlich für die Länder eingeräumten Regelungsmöglichkeit ist eine landesgesetzliche Regelung erforderlich. Diese bringt die Landesregierung nun ein.

TOP 17

Laut Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien soll sich der Landtag zum Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bekennen. Unter anderem heißt es dort: „Der Landtag bekräftigt seine bisherigen Beschlüsse zur Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er weist alle Versuche auch von ministerieller Ebene zurück, diesen Beschlüssen zuwider zu handeln und bekennt sich zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die insbesondere den Herausforderungen der Digitalisierung Rechnung tragen muss.“

TOP 18

Die im April 2018 von der AfD-Fraktion eingebrachte „Attraktivitätsoffensive Justizdienst – Justizwachtmeister aufwerten“ findet mit der vorliegenden Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ihr vorläufiges Ende. Er empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung den Antrag abzulehnen. Zugleich soll der Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE unter Mitwirkung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung für erledigt erklärt werden.

TOP 19

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE sollte die Landesregierung im Mai 2018 aufgefordert werden, die Bundesratsinitiative des Landes Berlin für die Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz um die Merkmale der „sexuellen Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ zu unterstützen und damit ein eindeutiges Zeichen gegen die anhaltende Diskriminierung von LSBTTI* zu setzen. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen. Die Ablehnung erfolge im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Enthaltung des Landes Sachsen-Anhalt im Bundesrat.

TOP 20

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Landtag, einen Antrag der AfD-Fraktion zum Thema „Energiewende“ abzulehnen. Im Oktober 2017 hatte die AfD-Fraktion gefordert, „die wirtschafts- und verbraucherfeindliche Energiewende in Sachsen-Anhalt zu stoppen“. Sie plädierte für die Rückkehr zum marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip, um eine fortwährende Kostenexplosion bei den Energie- und insbesondere bei den Strompreisen zu verhindern.

TOP 21

Der Petitionsausschuss stellt dem Landtag seinen Jahresbericht 2017 vor. Demnach sind zwischen dem 1. Dezember 2016 und dem 30. November 2017 genau 366 Petitionen im Landtag eingegangen, 435 wurden abschließend behandelt. Die meisten Petitionen stammen aus den Bereichen Inneres, Gesundheit und Soziales sowie Justiz.

TOP 22

Der Abgeordnete Jan Wenzel Schmidt hat in der 51. Sitzung des Landtags, am 21. Juni 2018, im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 25 einen Ordnungsruf erhalten. Dagegen hat Abgeordneter Schmidt Einspruch eingelegt. Nach Beratung im Ältestenrat empfiehlt dieser dem Landtag nun, den Einspruch des Abgeordneten abzulehnen.

TOP 23

Die Landesregierung beantragt die Zulassung einer Ausnahme gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt i. V. m. § 5 Abs. 1 Satz 2 des

Ministergesetzes Sachsen-Anhalt für Prof. Dr. Claudia Dalbert. Sollte der Landtag zustimmen, wird Dalbert erneut in den Aufsichtsrat bei der Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt berufen.

TOP 24

Die AfD-Fraktion setzt sich in einem Antrag für die Abschaffung aller durch Feminismus und Gender Mainstreaming bedingten Schreibweisen im amtlichen Gebrauch ein. Laut Antrag sollte im offiziellen Sprachgebrauch von Ämtern und Behörden des Landes zukünftig auf geschlechtsneutrale Partizipialkonstruktionen (z. B. „Studierende“ statt „Studenten“), den sogenannten „Gender Gap“ (z. B. „Student_innen“) und seine einzelnen Nebenformen („Binnen-I“, „Asteristik“ bzw. „Gender Star“ usw.) verzichtet werden. Stattdessen plädiert die AfD-Fraktion für die Verwendung der männlichen Form.

TOP 25

Die AfD-Fraktion will sich mit einem Antrag für die sofortige Einführung einer Weidetierprämie für Schafe und Ziegen einsetzen. Pro Muttertier sollen die Weidetierhalter aus der Landeskasse 38 Euro erhalten und zwar so lange, bis entsprechende EU-Gelder bereitstehen. Die AfD-Fraktion will damit einer Forderung aus der Petition des Landeschafzuchtverbandes nachkommen.

TOP 26

Am Diesel- und Gasantrieb als Übergangstechnologie für Autos festhalten und zudem die Wasserstofftechnologie intensiver fördern – das möchte die AfD-Fraktion mit einem Antrag erreichen. Ihrer Ansicht nach sei der Wasserstoffantrieb längst ausgereift und hinsichtlich Reichweite und Betankungszeiten mit dem Verbrennungsmotor vergleichbar. Die derzeitige E-Mobilitätspolitik hält die AfD für ideologiegesteuert und nachteilig für die deutsche Wirtschaft. Daher bedürfe es einer Kehrtwende hin zur Wasserstofftechnologie.

TOP 27

Nach § 21 Abs. 6 Nr. 1 KWG LSA muss der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe die Familiennamen und Vornamen, den Beruf, den Tag der Geburt, den Wohnort und die Wohnadresse des Bewerbers für eine kommunale Vertretung enthalten. Die AfD-Fraktion fürchtet nun um die Sicherheit für Kandidaten bei Kommunalwahlen. Sie will mit einem Antrag die Landesregierung auffordern, das Kommunalwahlgesetz entsprechend zu ändern. Zukünftig sollten – auf Wunsch – nur Vor- und Zunamen veröffentlicht werden.

TOP 28

Der Ausschuss für Bildung und Kultur empfiehlt dem Landtag, einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Begabtenförderung für erledigt zu erklären. Darin geht es darum, besonders begabte Schüler in Sachsen-Anhalt zukünftig weiterhin über außerunterrichtliche „Korrespondenzzirkel“ zu fördern. Zwischenzeitlich hatte die Landesregierung dem Ausschuss jedoch ein Konzept vorgelegt, wodurch sich der Antrag erledigt habe.